

Nils D. Steiner

Wählerwanderungen von und zu der AfD in der COVID-19-Pandemie

Manuskript für einen Beitrag zum Blauen Band "Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2021", hrsg. von Harald Schoen und Bernhard Weßels. Vorab-Version vom 20.12.2022.

1. Einleitung¹

Mit der COVID-19-Pandemie gab es ein Großereignis, das das (politische) Geschehen in Deutschland zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2021 dominiert hat. Die rechtspopulistische AfD, die bei der Bundestagswahl 2017 im Nachgang der „Flüchtlingskrise“ noch auf 12,6% der Zweitstimmen gekommen war, musste 2021 mit einem Zweitstimmenanteil von 10,3% nennenswerte Verluste gegenüber 2017 hinnehmen. Sind diese Stimmenverluste der AfD auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen? Wie hoch war angesichts des neuen salienten Themas die intra-individuelle Stabilität in der AfD-Wahl zwischen den beiden Bundestagswahlen? Hat die ablehnende Positionierung der AfD zu den COVID-19-Schutzmaßnahmen zur Abwanderung früherer Wähler geführt? Inwiefern konnte die AfD über ihre Kritik an den Schutzmaßnahmen gleichzeitig neue Wähler hinzugewinnen? Der vorliegende Beitrag untersucht diese Fragen auf Basis des GLES-Panels 2017-2021 (GLES 2021).

Den (gewichteten) Daten aus dem GLES-Panel zufolge gab es im Vergleich der beiden Bundestagswahlen mehr Bewegung in der AfD-Wahl als der nur moderate Rückgang im Zweitstimmenanteil vermuten lassen könnte: Nur etwas mehr als die Hälfte (52%) der AfD-Wähler aus 2017 haben sich 2021 erneut für die Partei entschieden; 42% der AfD-Wähler aus 2021 hatten 2017 noch nicht für die Partei gestimmt. Ob sich 2017er AfD-Wähler 2021 wieder für die Partei entschieden, steht in einem engen Zusammenhang mit Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen: Den Ergebnissen der binär-logistischen Regressionsanalyse zufolge variiert die AfD-Wiederwahlwahrscheinlichkeit zwischen 70% und 31% je nach Zustimmung zu den COVID-19-Schutzmaßnahmen. Ein analoger Effekt zeigt sich für Personen, die 2017 nicht die AfD gewählt hatten: Bei einer starken Ablehnung der COVID-

¹ Ich bedanke mich bei Kai Arzheimer, Daniel Devine, Sven Hillen, Marie Kübler, Timo Sprang und Jonas Wenker für hilfreiche Kommentare und bei Tim Schmidt für exzellente Unterstützung bei der Literaturrecherche. Der Stata-Code zur Reproduktion der in diesem Kapitel berichteten Befunde ist im Zusatzmaterial zu diesem Sammelband auf der Webseite von SpringerLink zu finden. **Der Beitrag ist zunächst im generischen Maskulinum verfasst, wird aber gerne noch an jegliche ggf. einheitliche Variante für den Band angepasst.**

Zusammenfassung: Dieses Kapitel betrachtet Wählerwanderungen weg von der AfD und hin zur AfD zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2021 vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich die Einstellung zu den COVID-19-Schutzmaßnahmen auf die Wahrscheinlichkeit ausgewirkt hat, bei der Bundestagswahl 2021 wieder bzw. neu die AfD zu wählen. Die Analysen auf Basis des GLES Panels 2017-2021 dokumentieren einen erheblichen Wählerabfluss von der AfD – auch zu den etablierten Parteien. Die Abwanderung von früheren AfD-Wählern hängt dabei stark von deren Zustimmung zu den COVID-19-Schutzmaßnahmen ab. Ebenso steht die AfD-Wahl unter Personen, die sie 2017 noch nicht gewählt haben, in einem engen Zusammenhang mit der Ablehnung der COVID-19-Maßnahmen. Die Ergebnisse der Paneldatenanalyse tragen zu Forschungsdebatten zu den elektoralen Konsequenzen der COVID-19-Pandemie, zum Wandel des AfD-Elektorats und zur Rückgewinnbarkeit der Wähler von radikal-rechten Parteien bei.

19-Maßnahmen ergibt sich eine AfD-Wahlwahrscheinlichkeit von 8% bei der Bundestagswahl 2021, bei einer starken Zustimmung hingegen von nur 1%.

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse, dass sich die COVID-19-Pandemie über sachfragenbasiertes Wahlverhalten erheblich auf die Wählerschaft der AfD ausgewirkt hat. Das Kapitel leistet damit einen Beitrag zu einer Reihe wichtiger politikwissenschaftlicher Debatten.

Erstens wird ein Beitrag zur Frage nach den elektoralen Konsequenzen der COVID-19-Pandemie erbracht. Ein Großteil der bisherigen Forschung hierzu fragt nach Popularitätsgewinnen für Regierungen *im Aggregat* durch „Rally-Around-the-Flag“-Effekte. Diese Forschung zeigt einen Popularitätsanstieg von Regierungen angesichts der Bedrohung durch die COVID-19-Pandemie während ihrer Anfangszeit im Winter/Frühjahr 2020 (Bol et al. 2021; De Vries et al. 2021; Schraff 2021; Yam et al. 2020). Auch für den deutschen Fall sind entsprechende Befunde dokumentiert (Dietz et al. 2021; Leininger und Schaub 2020). Jedoch erwiesen sich die anfänglichen Rally-Effekte als von nur kurzer Dauer (Johannson et al. 2021; Mazza und Scipioni 2022; Wondreys und Mudde 2022: 92). Andere Aggregatanalysen untersuchen die Konsequenzen für die Popularität (rechts-) populistischer Parteien, ebenfalls für die Anfangszeit der Pandemie. Bayerlein und Gyöngyösi (2020: 92) finden Hinweise darauf, dass populistische Regierungen weniger von dem Rally-Effekt profitierten als nicht-populistische Regierungen. Wondreys und Mudde (2022: 93) berichten eine gemischte Entwicklung der Wahlabsichten für rechtspopulistische Parteien in den EU-Mitgliedsstaaten von März bis Juni 2020. Die vorliegende Arbeit demonstriert, dass solche Betrachtungen der Entwicklungen im Aggregat die Wanderung individueller Wähler weg von und hin zu rechtspopulistischen Parteien im Kontext der COVID-19-Pandemie übersehen können.

Zweitens – und daran anknüpfend – adressiert die Arbeit insofern eine Forschungslücke als nur wenige Studien vorliegen, die sich mit der *Veränderung* des Wahlverhaltens im Kontext der COVID-19-Pandemie *auf individueller Ebene* beschäftigen. Eine wichtige Ausnahme bildet die Untersuchung von Bayerlein und Metten (2022) zur AfD-Wahl, die frühere AfD-Wähler anhand einer Rückerinnerungsfrage zur Bundestagswahl 2017 identifiziert. Bayerlein und Metten argumentieren, dass die frühere AfD-Wählerschaft in ihrer Haltung zu den COVID-19-Maßnahmen gespalten war und dass Befürworter der Maßnahmen sich aufgrund der Inkongruenz zur Position der Partei von dieser abgewendet haben. Die Studie zeigt, dass 2017er AfD-Wähler, die strikte Gesundheitsschutzmaßnahmen befürworteten, mit deutlich geringerer Wahrscheinlichkeit wieder für die AfD stimmen wollen als frühere AfD-Wähler, die weniger strikte Maßnahmen präferieren. Während das theoretische Argument der Studie von Bayerlein und Metten überzeugend ist, weist die Studie in empirischer Hinsicht einige, der

Datenbasis geschuldete, Limitationen auf.² Diese können hier durch die Verwendung von Paneldaten, die präzisere Messung von Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen, die Betrachtung von tatsächlichen (berichteten) Wahlentscheidungen in der Bundestagswahl 2021 und die Berücksichtigung von Kontrollvariablen zu alternativen Ursachen der Abwendung von der AfD adressiert werden. Auf dieser Basis ergibt sich ein deutlich größeres Maß an COVID-19-bedingtem Wählerabfluss von der AfD: So beträgt die vorhergesagte Wiederwahlwahrscheinlichkeit der AfD bei maximal ablehnender Haltung zu den COVID-19 Maßnahmen in Bayerlein und Metten (2022) 65% und in dieser Studie 31%. Über Bayerlein und Metten (2022) hinausgehend wird zudem auch untersucht, welchen Parteien sich abwandernde AfD-Wähler zugewandt haben sowie die Wählerwanderung hin zur AfD betrachtet.

Drittens schließt der Beitrag an Forschungsarbeiten zum Wandel des AfD-Elektorats über die Zeit und in Abhängigkeit von Issue-Salienen an (Arzheimer und Berning 2019; Bieber et al. 2018; Mader und Schoen 2019; Steiner und Hillen 2021; Steiner und Landwehr 2018). Besonders anschlussfähig ist die Analyse an Mader und Schoen (2019), die mittels des GLES-Panels 2013-2017 die Rolle der Flüchtlingsthematik für die Wahl der AfD analysieren. Mader und Schoen zeigen, dass (bereits zuvor) zuwanderungskritische Individuen sich im Verlauf der „Flüchtlingskrise“ und in Verbindung mit der hohen Salienz des Themas der AfD zugewendet haben. Die „Flüchtlingskrise“ hatte folglich eine Umsortierung des AfD-Elektorats entlang der Zuwanderungsfrage zur Folge. Die vorliegende Studie demonstriert für die nachfolgende Legislaturperiode und die „Corona-Krise“ eine analoge Umsortierung des AfD-Elektorats – nun entlang der Haltung zu den Maßnahmen zur COVID-19-Eindämmung.

Viertens spricht der Beitrag zu einer wichtigen Debatte über die Rückgewinnbarkeit der Wähler von rechtspopulistischen Parteien durch etablierte Parteien, insbesondere über Issue-Voting. Auf der einen Seite steht in dieser Kontroverse die Position, dass sich Wähler rechtspopulistischer Parteien nur schwerlich zurückgewinnen ließen: Als „anti-establishment voter“ (Chou et al. 2022: 2231) seien sie grundsätzlich entfremdet vom politischen System und den etablierten Parteien und ließen sich deshalb auch dann nicht überzeugen, für

² Erstens basiert die Studie nicht auf Panel-Daten und muss sich auf eine Rückerinnerungsfrage zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 verlassen – was mit einem erheblichen Messfehler verbunden ist (Dassonneville und Hooghe 2017). Zweitens ist das Instrument zur Messung von Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen mit nur drei Abstufungen (aktuell geltende Maßnahmen nicht strikt genug, angemessen oder zu strikt) grob und zudem mit dem Problem behaftet, dass die inhaltliche Bedeutung der Antwortkategorien mit den über den Untersuchungszeitraum von März 2020 bis April 2021 erheblich variierenden Maßnahmen fluktuiert. Drittens werden Wahlabsichten weit vor der Bundestagswahl 2021 betrachtet, anstelle berichteter tatsächlicher Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl. Viertens wird lediglich für (zeitgleich gemessene) sozio-demografische Variablen kontrolliert, nicht aber für Einstellungen, mit denen alternative Gründe für Abwanderungen von der AfD abgebildet werden könnten.

etablierte Parteien zu stimmen, wenn diese ihre präferierten Sachfragenpositionen bedienten. Für das Elektorat der AfD gibt es durchaus empirische Evidenz, die in diese Richtung deutet. So weist die AfD-Wählerschaft eine geringe politische Unterstützung und besonders populistische Einstellungen auf (Bieber et al. 2018; Chou et al. 2021; Lewandowsky und Wagner 2022; Steiner und Landwehr 2018). Lewandowsky und Wagner (2022: 10) schlussfolgern auf der Basis von Selbstauskünften von 2017er AfD-Wählern, wie wahrscheinlich es ist, dass sie jemals für eine der anderen Parteien stimmen (sog. „propensities to vote“), dass diese „barely available to all other parties“ seien. Auf der anderen Seite demonstrieren Chou et al. (2021), dass sich viele AfD-Wähler – in einigen Szenarien bis zur Hälfte – in Umfrageexperimenten bereit zeigen, für fiktive Kandidaten von anderen Parteien zu stimmen, wenn diese kongruente Policy-Positionen einnehmen.

Fraglich bleibt, wie sehr sich diese Erkenntnis auf realweltliche Szenarien übertragen lässt. Da drastische Positionswechsel von Parteien selten sind, lässt sich diese Frage in gewöhnlichen Zeiten nur schwerlich untersuchen. Die COVID-19-Pandemie bietet eine exzellente Gelegenheit, dies zu untersuchen, da sie ein neues Issue auf die Spitze der politischen Agenda setzte. Insofern die Parteielektorate somit noch wenig entsprechend der von den Parteien (später) bezogenen Positionen sortiert waren, wurde der elektorale Wettbewerb aus seinem üblichen Gleichgewichtszustand (s. Chou et al. 2021) geworfen. Es zeigt sich, dass in diesem Szenario Issue-basierte Wechsel von früheren AfD-Wählern zu den etablierten Parteien nicht selten waren. Für 2017er AfD-Wähler, die den COVID-19-Maßnahmen vollumfänglich zustimmten, lag den Befunden zufolge die aufsummierte Wahrscheinlichkeit, 2021 für CDU/CSU, SPD, FDP oder die Grünen zu stimmen, bei 59%.

Im nächsten Abschnitt werden die Hypothesen dieser Studie im Detail hergeleitet und begründet. Im dritten Abschnitt wird auf Daten und Methoden eingegangen. Der vierte Abschnitt, unterteilt in einen deskriptiven und einen regressionsanalytischen Teil, bespricht die empirischen Ergebnisse. Der fünfte Abschnitt enthält eine abschließende Diskussion der Befunde, ihrer Implikation sowie von Limitationen der Studie.

2. Hypothesen

Die in diesem Beitrag untersuchten Hypothesen folgen der Vorstellung von sachfragenorientiertem Wahlverhalten. Im vorliegenden Fall kann dann von sachfrageorientiertem Wahlverhalten – oder „issue voting“ – gesprochen werden, wenn Einstellungen zu COVID-19-bezogenen Policies das Wahlverhalten, insbesondere die Entscheidung für oder gegen die AfD, bei der Bundestagswahl 2021 beeinflusst haben.

Grundsätzlich lassen sich zwei Formen von Issue-Einstellungen unterscheiden: Positions- und Performanz-basierte Sachfrageorientierungen (s. zu dieser Unterscheidung: Roller 1998, Stokes 1963). Während mit ersteren die Positionen von Bürgern zu kontroversen politischen Handlungsalternativen gemeint sind, stehen bei letzteren retrospektive Leistungsbewertungen des Regierungshandelns im Vordergrund. In diesem Beitrag soll die Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen im Sinne beider Konzepte betrachtet werden: Einerseits also die Positionen von Bürgern zu Policy-Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung, andererseits die Bewertung der Performanz der Bundesregierung bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass beide Konstrukte in einem engen Zusammenhang stehen: Bürger, die gegen die (ergriffenen) Maßnahmen sind, sollten auch die Performanz der Bundesregierung negativ bewerten. Der Schwerpunkt soll aber auf den Positionen liegen, zumal deren Messung unabhängiger von einer generellen Haltung zur Bundesregierung erfolgen kann und mit den Positions-Einstellungen eindeutiger eine bestimmte inhaltliche Policy-Präferenz verbunden ist.³

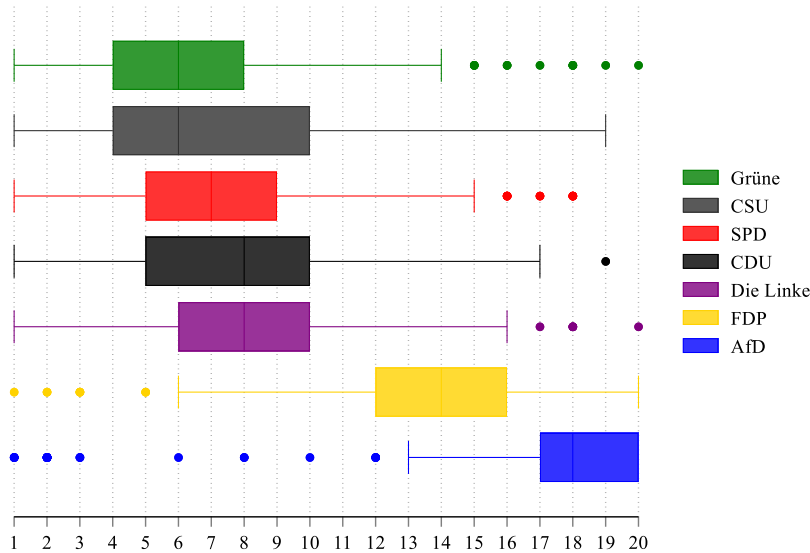
Positionsbasiertes Issue-Voting gilt in der Literatur als durchaus voraussetzungsreich: Bereits Campbell et al. (1960: 169-171; s. hierzu auch: Schoen und Weins 2014: 278f.) weisen darauf hin, dass Wähler, erstens, eine Sachfrage zunächst überhaupt zur Kenntnis nehmen müssen, dazu, zweitens, eine eigene, ihnen wichtige Position entwickeln und, drittens, Positionsunterschiede zwischen den Parteien wahrnehmen müssten. Für das Issue der COVID-19-Schutzmaßnahmen im Kontext der Bundestagswahl 2021 scheinen mindestens die ersten beiden Bedingungen eindeutig erfüllt zu sein. Der außergewöhnliche Einfluss der Pandemie und der ergriffenen Maßnahmen auf das Leben der Bundesbürger spiegelt sich in Meinungsumfragen zum aktuell wichtigsten Problem in Deutschland wider. Den Daten des Politbarometer zufolge dominierte insgesamt das Issue „Coronavirus“ die öffentliche Problemwahrnehmung während der Jahre 2020 und 2021, wenn auch mit den Pandemiewellen folgenden Schwankungen und zu einzelnen Zeitpunkten eingeholt vom Themenbereich „Energie/Versorgung/Klima“. Die COVID-19-Pandemie löste damit den Themenbereich „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ ab, der die vorangegangene Legislaturperiode dominiert hatte (Forschungsgruppe Wahlen 2022).

Um die Rolle von Positionsunterschieden zwischen den Parteien zu betrachten, sind in Abbildung 1 die Experteneinschätzungen aus der Open Expert Survey (Jankowski et al. 2022) zu den Parteipositionen im Vorfeld der Bundestagswahl zur Frage des Zielkonflikts zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitseinschränkungen dargestellt. Die Abbildung verdeutlicht die herausgehobene Stellung der AfD, die

³ So kann sich theoretisch eine negative Bewertung der Performanz der Bundesregierung bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auch daraus ergeben, dass die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als *nicht* strikt genug empfunden wurden. Diese Form der Unzufriedenheit wäre jedoch kein nahelegendes Motiv für eine (Wieder-)Wahl der AfD.

von der Hälfte der Experten auf die vier Endpunkte der „geringerer Gesundheitsschutz/weniger Freiheitseinschränkungen“-Seite der 19-stufigen Skala gesetzt wurde. Mit einer Medianpositionierung von 18 hebt sich die AfD deutlich von allen anderen Parteien ab, die, mit Ausnahme der FDP, überwiegend und mit sehr ähnlichen Medianpositionen auf der Seite von „höherer Gesundheitsschutz“ verortet werden.

Abbildung 1: Positionen der deutschen Parteien zu Gesundheitsschutz vs. Freiheitseinschränkungen in der COVID-19-Pandemie



Anmerkungen: Boxplots mit Antworten aus der Open Expert Survey zu den Positionen der deutschen Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 (Jankowski et al. 2022). Fragestellung: „Bei der Pandemiebekämpfung besteht ein Gegensatz zwischen folgenden Positionen: Für Einschränkung von bürgerlichen Freiheiten und Ausweitung von Überwachung, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen versus für die Aufrechterhaltung bürgerlicher Freiheiten trotz Pandemiebedrohung. Welche Position vertreten Ihrer Meinung nach die Parteien dazu?“ 1 = hoher Gesundheitsschutz/starke Einschränkung von Freiheit; 20 = geringer Gesundheitsschutz/schwache Einschränkung von Freiheit. Parteien sortiert nach Median.

Die Experteneinschätzungen zur Position der AfD decken sich mit der qualitativen Analyse von Lehmann und Zehnter (2022) auf Basis der Pressemitteilungen der AfD von Januar 2020 bis März 2021. Demnach sprach sich die Partei zwar ganz zu Beginn der Pandemie, Anfang März 2020, auch für restriktive Maßnahmen wie Schulschließungen aus. Jedoch hatte sie spätestens ab etwa Ende April 2020, ein Ende des „Lockdowns“ verlangend, auf einen die

Schutzmaßnahmen kritisierenden Kurs eingeschwenkt. Auch unterstützte die AfD die Corona-Proteste offen und dezidiert, was insofern einen „unique selling point of the AfD“ darstellte, „as no other party endorsed these protests so much“ (Lehmann und Zehnter 2022: 9). Über den Untersuchungszeitraum äußerte sich die AfD zu keinem Thema so häufig wie zu den COVID-19-Maßnahmen, oft verbunden mit einem populistischen Anti-Eliten-Frame.

Aufgrund dieser klaren Positionierung der AfD – in Verbindung mit der hohen Salienz des Themas – ist zu erwarten, dass frühere AfD-Wähler mit einer zustimmenden Haltung zu den COVID-19-Schutzmaßnahmen in relevantem Ausmaß bei der Bundestagswahl 2021 nicht mehr die AfD gewählt haben. Stattdessen sollten sie einer der anderen Parteien mit einer Positionierung in Richtung eines höheren Gesundheitsschutzes gewählt haben oder sogar ganz der Wahl ferngeblieben sein. Dieser Vermutung wird in der ersten Hypothese dieses Beitrags nachgegangen:

H₁: Unter 2017er AfD-Wählern verringert die Zustimmung zu restriktiven COVID-19 Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit, die AfD bei der Bundestagswahl 2021 wiederzuwählen.

Gleichzeitig könnte diese Positionierung der AfD auch neue Wähler zugeführt haben. Wie oben dargestellt, haben alle anderen größeren Parteien die ergriffenen Maßnahmen mitgetragen und sich, mit partieller Ausnahme der FDP, eher in Richtung des Gesundheitsschutzes positioniert. Es ist zu erwarten, dass manche damit unzufriedene frühere Wähler dieser Parteien bei der Bundestagswahl 2021 für die AfD gestimmt haben. Insofern sollte auch untersucht werden, inwiefern die COVID-19-Einstellung die Wahl der AfD unter Individuen beeinflusst hat, die bei der Bundestagswahl 2017 noch nicht für die AfD gestimmt hatten. Nur dann lässt sich ein vollständiges Bild des Einflusses der COVID-19-Pandemie auf die Veränderung der AfD-Wählerschaft erlangen. Die zweite zu prüfende Hypothese fokussiert daher auf COVID-19-bedingte Wanderungen hin zur AfD:

H₂: Unter Individuen, die 2017 nicht die AfD gewählt haben, erhöht die Ablehnung restriktiver COVID-19 Maßnahmen die Wahrscheinlichkeit, bei der Bundestagswahl 2021 die AfD zu wählen.

Die getrennte Betrachtung von Individuen, die bei der Bundestagswahl 2017 die AfD gewählt haben (und solchen, die sie 2017 nicht gewählt haben), adressiert gleichzeitig ein Problem umgedrehter Kausalität: Einstellungen zu den COVID-19 Maßnahmen sind einerseits ein plausibler Einflussfaktor auf das Wahlverhalten, könnten andererseits aber selbst von einer bestehenden Parteianhängerschaft beeinflusst sein. Dies wäre dann der Fall, wenn im Sinne eines „party cueing“ Positionen der Partei übernommen werden, mit der sich ein Individuum identifiziert (Bullock 2020). Demnach sollten (frühere) AfD-Anhänger der AfD dem Kurs der

Partei gefolgt sein und eher ablehnende Positionen gegenüber den Schutzmaßnahmen eingenommen haben. Dieses Problem löst die nachfolgende Analyse, indem im ersten Analyseteil nur Personen betrachtet werden, die 2017 die AfD gewählt haben. Somit wird die Vor-Pandemie-Präferenz für die AfD und die daraus folgende Empfänglichkeit für AfD-„Cues“ konstant gehalten.

3. Daten und Methoden

Die empirische Analyse dieses Beitrags basiert auf dem Panel 2016-2021 der German Longitudinal Election Study (GLES). Hierfür wurde der kumulierte Datensatz der Wellen 1-15 genutzt (GLES 2021) und um die Einzeldatensätze zu den Wellen 16 bis 21 ergänzt (GLES 2022a-e). Im Rahmen des GLES-Panels werden computergestützte Web-basierte Interviews (CAWI) durchgeführt. Die Befragungswellen finden im unmittelbaren zeitlichen Umfeld der Bundestagswahlen engmaschig und zwischen den Bundestagswahlen in einem halbjährlichen Turnus statt. Relevant für diesen Beitrag sind Panellisten, für die Informationen sowohl zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 als auch 2021 zur Verfügung stehen. Dies ist nur für Panellisten der Stichprobe A, die spätestens im Juli/August 2018 rekrutiert wurden, der Fall. Die Grundgesamtheit der Stichprobe A ist die bei der Bundestagswahl 2017 wahlberechtigte deutsche Bevölkerung mit Internetzugang. Die Panellisten wurden – mit Quoten für Alter, Geschlecht und Bildung – aus dem Online-Access-Panel der Respondi AG rekrutiert.

In einem ersten Schritt wurde der kombinierte Datensatz auf Individuen reduziert, für die Beobachtungen zum Wahlverhalten bei beiden Bundestagswahlen zur Verfügung stehen. Die Informationen zum Wahlverhalten wurden aus den Recall-Fragen zur Wahlbeteiligung und zur Zweitstimme aus den Nachwahl-Wellen sowie den Fragen zur Zweitstimme per Briefwahl (mehrere Wellen) generiert. Insgesamt verbleiben 7334 Individuen im Datensatz, für die ein Vergleich des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 möglich ist.

Für die Analyse wurden die Daten gewichtet, um sich dem deutschen Elektorat bestmöglich anzunähern. Hierzu wurde das im Datensatz enthaltene soziodemographische Poststratifizierungsgewicht zur Anpassung an den Mikrozensus herangezogen und um eine Gewichtung nach dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017, inklusive der Nichtwahl, ergänzt. Die (berichteten) Wahlentscheidungen im gewichteten Datensatz entsprechen somit dem tatsächlichen Wahlergebnis der Bundestagswahl 2017. In Folge dieser Gewichtung entsprechen auch die sich ergebenden Zweitstimmanteile für 2021 mit nur geringen Abweichungen dem tatsächlichen Wahlergebnis. Für die AfD ergibt sich etwa ein Zweitstimmenanteil von 10.3% für 2021, was dem amtlichen Wahlergebnis exakt

entspricht.⁴ Obschon damit nicht alle Fragen zur Repräsentativität des Panels für die Grundgesamtheit beantwortet sind, sollte sich auf Basis dieser Daten die Forschungsfrage nach der intra-individuellen Stabilität des Wahlverhaltens solide beantworten lassen.

Zur Prüfung von H_1 und H_2 wurde die Wahlentscheidung 2021 in eine binäre Variable rekodiert, die zwischen der AfD-Wahl (=1) und der Wahl einer anderen Partei oder der Nichtwahl (=0) unterscheidet. Entsprechend werden binär-logistische Regressionen geschätzt, um den Einfluss von Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen auf die Wiederwahl (H_1) bzw. Neuwahl der AfD (H_2) zu untersuchen. In weiteren explorativen Analysen wird überprüft, welchen Parteien sich frühere AfD-Wähler 2021 zugewendet haben. Hierfür wurden multinomiale-logistische Regressionen geschätzt.

Die zentrale unabhängige Variable der Regressionsmodelle bilden Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen. Diese wurden auf zwei Arten operationalisiert. Die erste, Positions-bezogene, Messung nutzt drei Items aus der Nachwahl-Welle 20 (Feldzeit: 29.09.2021 bis 12.10.2021) zur Zustimmung zu Maßnahmen des Gesundheitsschutzes im Rahmen der COVID-19-Pandemie auf 5er-Skalen (s. Tabelle 1). Die Items lassen sich konzeptionell dem Konflikt zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitseinschränkungen zuordnen und laden empirisch auf einen Faktor (s. Tabelle 1). Der entsprechende Faktorscore bildet die erste Messung. Die zweite, Performanz-bezogene, Messung nutzt Antworten auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Corona-Krise?“ auf einer Skala von -5 bis +5. Die Messung wurde ebenfalls der Welle 20 entnommen. Beide unabhängigen Variablen wurden, wie alle weiteren, auf einen Wertebereich von 0 bis 1 skaliert.

Tabelle 1: Faktorenanalyse zu COVID-19-bezogenen Policy-Einstellungen

Item	Ladung
Ungeimpften Personen sollten in dieser Phase der Pandemie mehr Einschränkungen (z. B. bei der Teilnahme an Veranstaltungen) auferlegt werden als vollständig geimpften Personen.	0.89
In Zeiten einer Pandemie sollte es eine allgemeine Impfpflicht geben.	0.86
Die Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung sollten aufgehoben werden.	-0.75

Anmerkungen: Ladung auf ersten Faktor aus einer Hauptkomponenten-Faktorenanalyse. Eigenwert des Faktors: 2.1; durch den Faktor erklärte Varianz in den Einzelitems: 0.70; Cronbachs Alpha: 0.78. N=7190.

⁴ Jedoch bleibt der Nichtwähleranteil für 2021 trotz Gewichtung zu gering (17% vs. 23.4%). Grundsätzlich sollten die Ergebnisse für die Nichtwähler aufgrund der notwendigen erheblichen Gewichtung mit erhöhter Vorsicht betrachtet werden.

Die beiden Messungen werden als alternative Operationalisierungen der Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen aufgefasst. Entsprechend korrelieren sie deutlich miteinander ($r=0.46$). Die Positions-bezogene Messung bietet den Vorteil, dass sie die Einstellungen unabhängig von der Haltung zur Bundesregierung erfasst – während die Performanz-bezogene Messung von einer generellen Einstellung zur Bundesregierung gefärbt sein kann. Um robuste Schlussfolgerungen ziehen zu können, sollen dennoch beide Messungen, in getrennten Modellen, zum Einsatz kommen.

Neben sozio-demographischen Kontrollvariablen (Geschlecht, Alter, formale Bildung, Wohnort in Ostdeutschland), wird eine Reihe an Kontrollvariablen einbezogen, die alternativ erklären könnten, wer sich zwischen 2017 und 2021 von der AfD abgewendet bzw. ihr zugewendet hat. Diese Messungen sind überwiegend Wellen vor Beginn der COVID-19-Pandemie entnommen, um sicherzustellen, dass sie nicht selbst von den Entwicklungen der Pandemie beeinflusst sind. Erstens werden mit Einstellungen zur Europäischen Integration (Welle 11, Mai/Juni 2019) und zu Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer (Welle 12, November 2019) Positionen zu zwei Kernthemen der AfD erfasst. Zweitens, wird berücksichtigt, dass eine zurückgehende Salienz der Zuwanderungsthematik gegenüber der Bundestagswahl 2021 zu einem Abfluss von früheren AfD-Wählern geführt haben könnte. Dies geschieht über eine Variable, die die Differenz der subjektiven Wichtigkeit der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer in den Wellen 16 (Mai 2021) und 8 (Sept./Okt. 2017) berechnet. Drittens, werden zwei Variablen aufgenommen, die die generelle Haltung zum demokratischen politischen System erfassen sollen: Das Vertrauen in den deutschen Bundestag und die Zustimmung zur Aussage, dass “unter bestimmten Umständen [...] eine Diktatur die bessere Staatsform“ sei (beides aus Welle 12, November 2019). Über diese Variablen soll abgebildet werden, dass sich frühere AfD-Wähler mit weniger kritischen Haltungen zum politischen System in Deutschland und zur Demokratie im Allgemeinen aufgrund der (Wahrnehmung einer) Radikalisierung der Partei von ihr abgewendet haben könnten.

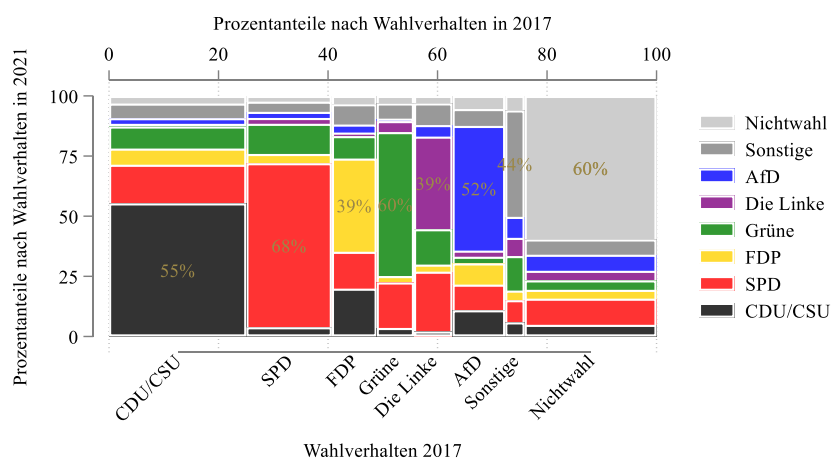
4. Empirische Ergebnisse

Die empirische Analyse beginnt mit einem deskriptiven Blick auf die Wählerwanderungen zwischen den Bundestagswahlen 2017 und 2021 auf Basis des GLES-Panels. Zudem wird betrachtet, wie sich die Wahlabsichten der 2017er AfD-Wähler in der Zeit zwischen den beiden Wahlen entwickelt haben. In einem zweiten Schritt berichte ich die Ergebnisse der Regressionsanalyse.

4.1. Deskriptive Befunde

In Abbildung 2 ist das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 nach dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 in Form eines Mosaikplots dargestellt. Auf der y-Achse sind die Gruppen nach ihrem Wahlverhalten im Jahr 2017 unterschieden. Die obere x-Achse gibt die Prozentanteile dieser Gruppen an: z. B. haben 25% der (gewichteten) Befragten in der Bundestagswahl 2017 eine der Unionsparteien gewählt. Die y-Achse gibt die Prozentanteile für das Wahlverhalten innerhalb dieser Gruppen an: z. B. haben 55% der 2017 Unionswähler in der Bundestagswahl 2021 wieder CDU/CSU gewählt.

Abbildung 2: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 nach Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017



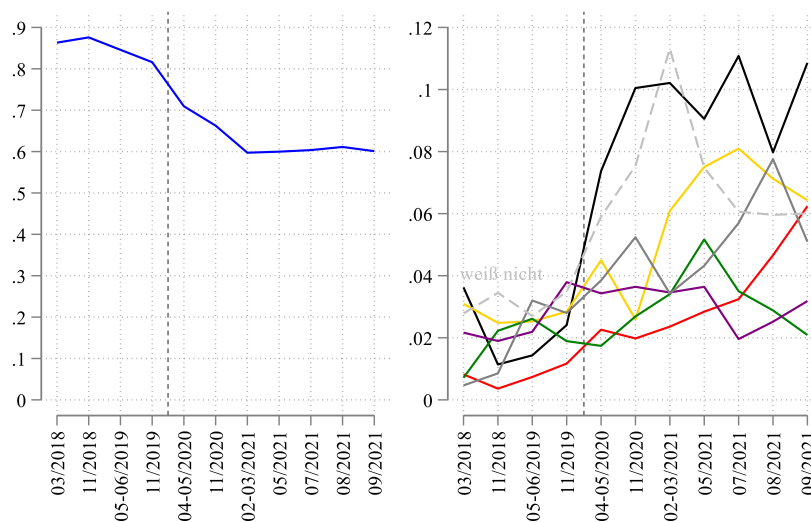
Anmerkungen: Individuen sind sozialstrukturell und nach dem offiziellen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 gewichtet. Lesehilfe: 55% derjenigen, die bei der Bundestagswahl 2017 die CDU/CSU gewählt hatten, haben bei der Bundestagswahl 2021 wieder die CDU/CSU gewählt. N=7334.

Es zeigt sich, dass nur 52% der 2017er AfD-Wähler bei der Bundestagswahl 2021 wieder die AfD gewählt haben. Die Partei hat also ca. die Hälfte ihrer früheren Wähler verloren. Dieser Wert ist insofern nicht ungewöhnlich niedrig, als etwa FDP und Die Linke noch höhere Brutto-Verluste aufweisen. Nichtsdestotrotz ist er gemessen daran, dass man bei der AfD als rechtspopulistischer Partei von einem größeren Abstand zu den anderen Parteien ausgehen könnte, bemerkenswert hoch. Gleichzeitig zeigt sich, dass die AfD insbesondere auch ins Lager der „Mainstream“-

Parteien CDU/CSU (11%), SPD (11%), FDP (9%) und, deutlich schwächer, Grüne (3%) Wähler abgeben musste. Insgesamt ein Drittel ihrer Wähler von 2017 haben für eine dieser Parteien gestimmt. Gleichzeitig konnte die AfD neue Wähler hinzugewinnen. Von denjenigen, die 2021 die AfD gewählt haben, hatten 42% 2017 noch nicht für die Partei gestimmt. Relativ am stärksten hinzugewinnen konnte die AfD 2017er Wähler von den sonstigen Parteien (9%) und aus der Gruppe der Nichtwähler (7%). Absolut betrachtet war der Gewinn mit Abstand bei den 2017 Nichtwählern am größten: 19% der 2021er AfD-Wähler hatten 2017 keine Stimme abgegeben. Kaum reüssieren konnte sie bei früheren Wählern der Grünen (1%).

Wann haben sich Individuen, die bei der Bundestagswahl 2017 noch die AfD gewählt hatten, von der Partei abgewendet? Abbildung 3 zeigt die Prozentanteile der Wahlabsichten, inklusive der „weiß nicht“-Kategorie, für alle Wellen des Panels zwischen den beiden Bundestagswahlen unter 2017er AfD-Wählern.

Abbildung 3: Wahlabsichten von 2017er AfD-Wählern im Zeitverlauf



Anmerkungen: Farben für die Parteien wie in Abbildung 2. Die vertikale gestrichelte Linie markiert den Beginn der COVID-19-Pandemie in Deutschland. Individuen sind sozialstrukturell und nach dem offiziellen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 gewichtet. Das Sample ist konstant gehalten und umfasst für diese Abbildung nur 2017er AfD-Wähler, die an allen dargestellten Wellen teilgenommen und die Frage zur Wahlabsicht beantwortet haben. N=401.

Es zeigt sich ein deutlicher Rückgang in der AfD-Wahlabsicht über das erste Jahr der Pandemie: Während in der letzten Welle vor Beginn der COVID-19-Pandemie

(November 2019) noch über 80% Prozent der 2017er AfD-Wähler vorhatten, die Partei erneut zu wählen, sinkt dieser Anteil bis Februar/März 2021 auf rund 60%. Besonders deutlich ist der Rückgang mit gut 10 Prozentpunkten parallel zum Anfang der Pandemie von November 2019 auf April/Mai 2020. Die Verluste der AfD schlagen sich zunächst in einem erhöhten Anteil von „weiß nicht“-Antworten sowie in einem Anstieg der Wahlabsichten für die CDU/CSU nieder. Zu einem späteren Zeitpunkt steigen auch die Wahlabsichten für die FDP und die sonstigen Parteien sowie, kontinuierlich bis September 2021, für die SPD an. Insgesamt deutet die zeitliche Entwicklung der Wahlabsichten von früheren AfD-Wählern auf einen Einfluss der COVID-19-Pandemie hin. Um diesen genauer zu untersuchen, wird im nächsten Schritt beleuchtet, inwiefern sich Wechsel von der AfD bei der Bundestagswahl 2021 mit Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen erklären lassen.

4.2. Regressionsanalyse

Zunächst soll der Blick auf Wechsel weg von der AfD gelegt werden. In Tabelle 2 sind die Ergebnisse von zwei binär-logistischen Regressionen zur Erklärung der AfD-Wahl bei der Bundestagswahl 2021 unter früheren AfD-Wählern dargestellt. Modell 1 enthält die Position zu den COVID-19-Maßnahmen, Modell 2 die Bewertung der COVID-19-Performanz der Bundesregierung. Neben den Regressionskoeffizienten sind durchschnittliche marginale Effekte (AMEs: „average marginal effects“) dargestellt. Diese geben an, wie sich die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl (im Mittel über die beobachteten Datenpunkte) ändert, wenn die jeweilige unabhängige Variable von 0 auf 1 und damit über ihren gesamten Wertebereich erhöht wird.

Für beide Operationalisierungen der Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen ergibt sich der erwartete negative Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, erneut AfD zu wählen. Der Unterschied von etwa 40% in der Wahlwahrscheinlichkeit der AfD über den Wertebereich der Variablen ist groß und übersteigt die durchschnittlichen marginalen Effekte aller anderen Variablen des Modells.⁵ Der durchschnittliche marginale Effekt der auf die Performanz-bezogenen

⁵ Hinzu kommt, dass die beiden COVID-19-Einstellungen mit am stärksten variieren, während frühere AfD-Wähler in anderen Einstellungen geeint(er) sind. Dies gilt insbesondere für die Positions-bezogene Messung in Modell 1 mit einer Standardabweichung von 0.35, die gefolgt wird von der Haltung zur Diktatur mit einer Standardabweichung von 0.30 und der Einstellung zur Europäischen Integration mit einer Standardabweichung von 0.28. Besonders wenig Varianz findet sich mit einer Standardabweichung von 0.16 bei den Zugangsmöglichkeiten von Ausländern. 93.3% der 2017er AfD-Wähler tendieren dazu, die Zugangsmöglichkeiten (eher) einschränken zu wollen, 80.0% besetzen das entsprechende Ende der 7er-Skala.

Messung ist dabei etwas größer als der der Positions-bezogenen Messung. Dies mag reflektieren, dass sich die Performanzbewertungen auch aus einer generellen Haltung zur Bundesregierung speisen. Hierfür spricht auch, dass in Modell 2 weniger Kontrollvariablen signifikante Effekte aufweisen – insbesondere solche, die über die Regierungszufriedenheit vermittelt wirken könnten, wie das Vertrauen in den Bundestag oder die Haltung zur Diktatur. In jedem Fall ist der allgemeine Befund robust gegenüber beiden Varianten der Operationalisierung.

Tabelle 2: Binär-logistische Regressionen zur AfD-Wahl in der Bundestagswahl 2021 unter 2017er AfD-Wählern

	Modell 1		Modell 2	
	Koeff.	AMEs	Koeff.	AMEs
COVID-19-Maßnahmen	-1.81** (0.28)	-0.37** (0.051)		
COVID-19-Regierungszufriedenheit			-2.08** (0.33)	-0.42** (0.060)
Zuzug von Ausländern einschränken	1.16+ (0.63)	0.24+ (0.13)	1.39* (0.59)	0.28* (0.12)
Δ Wichtigkeit Zuzug von Ausländern	0.66 (0.43)	0.13 (0.087)	0.65 (0.43)	0.13 (0.087)
Europäische Integration geht zu weit	1.31** (0.37)	0.27** (0.073)	1.54** (0.34)	0.31** (0.066)
Vertrauen Bundestag	-0.78* (0.39)	-0.16* (0.079)	-0.40 (0.40)	-0.082 (0.080)
Diktatur unter Umständen besser	0.66* (0.32)	0.14* (0.064)	0.49 (0.30)	0.099 (0.061)
weiblich	-0.48** (0.18)	-0.097** (0.036)	-0.33+ (0.18)	-0.066+ (0.037)
<i>Alter (Referenz: bis 30 Jahre)</i>				
30-39	-0.065 (0.60)	-0.013 (0.12)	0.0063 (0.57)	0.0012 (0.11)
40-49	-0.35 (0.56)	-0.070 (0.11)	-0.37 (0.53)	-0.073 (0.10)
50-59	-0.54 (0.56)	-0.11 (0.11)	-0.55 (0.52)	-0.11 (0.10)
60+	-0.39 (0.55)	-0.079 (0.11)	-0.53 (0.52)	-0.11 (0.10)
<i>Bildung: bis Hauptschulabschluss</i>				
Realschulabschluss	-0.46+ (0.24)	-0.094+ (0.048)	-0.34 (0.24)	-0.069 (0.048)
(Fach-)Abitur	-0.50+ (0.29)	-0.10+ (0.059)	-0.51+ (0.29)	-0.10+ (0.058)
(Fach-)Hochschulabschluss	-0.65* (0.28)	-0.13* (0.055)	-0.73** (0.27)	-0.15** (0.053)
Ostdeutschland	0.37+ (0.20)	0.076+ (0.041)	0.47* (0.20)	0.095* (0.040)

Konstante	-0.69 (0.96)	-1.34 (0.86)
Beobachtungen	732	738
Pseudo-R ² (McKelvey & Zavoina)	0.24	0.24

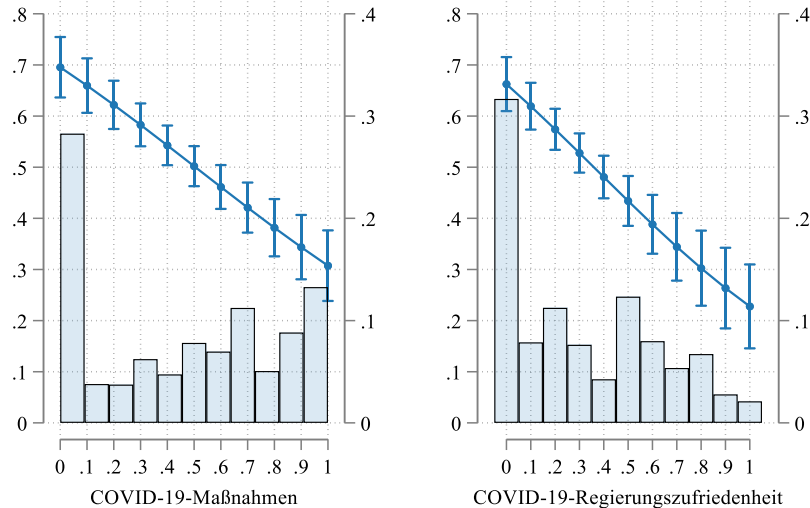
Anmerkungen: Angegeben sind Koeffizienten aus binär-logistischen Regressionen und zugehörige durchschnittliche marginale Effekte (AME), jeweils mit Standardfehlern in Klammern. Individuen sind sozialstrukturell und nach dem offiziellen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 gewichtet. Signifikanzniveaus: + $p < 0.10$; * $p < 0.05$; ** $p < 0.01$.

In Abbildung 4 sind vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der AfD-Wahl auf Basis der Modelle 1 und 2 aus Tabelle 2 dargestellt. Diese veranschaulichen die erhebliche Differenz in der Wahrscheinlichkeit der AfD-Wiederwahl in Abhängigkeit der Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen. Während die AfD-Wiederwahlwahrscheinlichkeit bei einer ablehnenden Haltung zu einschränkenden Maßnahmen des Gesundheitsschutzes (=0) bei 69.5% liegt, schrumpft sie auf nur 30.7% bei voller Zustimmung (=1) (s. linkes Panel). Gleichzeitig offenbaren die in Abbildung 4 hinterlegten Histogramme zur Verteilung der Einstellung unter 2017er AfD-Wählern eine Spaltung der früheren AfD-Wählerschaft in dieser Frage. Auf der einen Seite folgt ein erheblicher Anteil der 2017er AfD-Wähler der ablehnenden Haltung der Partei, 24.4% von ihnen lehnen gar alle drei Maßnahmen maximal ab und kommen so auf den Minimalwert von 0.⁶ Auf der anderen Seite befürworten aber auch viele frühere AfD-Wähler die COVID-19-Maßnahmen, z. T. auch entschieden: Mehr als ein Viertel (27.1%) weist einen Wert von 0.75 oder höher auf.

Ähnliche Schlussfolgerungen lassen sich auf Basis der COVID-19-Regierungszufriedenheit im rechten Teil von Abbildung 4 ziehen. Zwar ist die Spaltung weniger deutlich als bei der Positions-bezogenen Messung, dennoch ist bemerkenswert, dass immerhin ein Viertel (25.0%) der 2017er AfD-Wähler mit der Arbeit der „Arbeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Corona-Krise“ tendenziell zufrieden waren (Bewertung von +1 bis +5 bzw. Wert von >0.5 auf der rekodierten Skala). Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass die AfD-Wählerschaft in ihrer Haltung zu den COVID-19-Maßnahmen gespalten war und dass diese Spaltung erhebliche Konsequenzen dafür hatte, ob 2017er AfD-Wähler die Partei 2021 wiedergewählt haben oder nicht.

⁶ Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Beobachtungen für das Histogramm im linken Teil der Abbildung in elf gleichgroße Klassen („bins“) eingeteilt. Der erste Balken von links umfasst somit auch Personen oberhalb dieses absoluten Minimums, insgesamt etwa 28.3% der Befragten.

Abbildung 4: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl in der Bundestagswahl 2021 unter 2017er AfD-Wählern

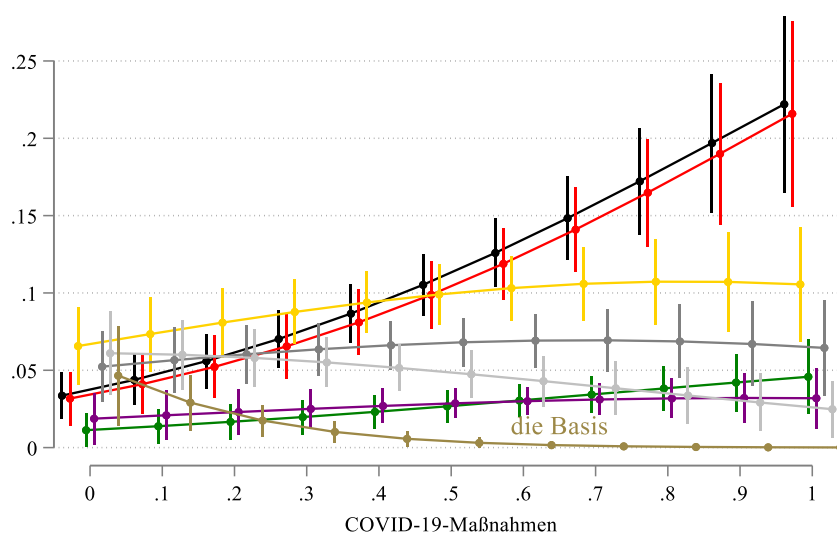


Anmerkungen: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten mit 95%-Konfidenzintervallen auf Basis der binär-logistischen Regressionsmodelle 1 bzw. 2 aus Tabelle 2 (y-Achse links), mit Histogrammen zur prozentualen Verteilung der Einstellungen unter 2017er AfD-Wählern (y-Achse rechts).

Welche Parteien haben AfD-Wähler, die sich im Kontext der COVID-19-Pandemie von der Partei abgewendet haben, stattdessen gewählt? Um diese Frage zu beantworten, wurde zusätzlich eine multinomial-logistische Regression geschätzt, die sich auf die Positions-bezogene Messung der Einstellung zu den COVID-19-Maßnahmen konzentriert. Die abhängige Variable unterscheidet zwischen der Wahl der sechs im Bundestag vertretenen Parteien, der Nichtwahl, der Wahl der Partei „die Basis“ und der Wahl aller sonstigen Parteien. „Die Basis“, gegründet am 4. Juli 2020, ging aus den Protesten gegen die COVID-19-Politik der „Querdenker“-Bewegung hervor, und erhielt bei der Bundestagswahl 2021 1.4% der Zweitstimmen. Die Partei wird gesondert behandelt, da für sie ein gegenläufiger Effekt wahrscheinlich scheint: Besonders entschiedene Gegner der COVID-19-Maßnahmen unter den 2017er AfD-Wählern könnten sich für „die Basis“ anstelle der AfD entschieden haben. In Abbildung 5 sind die auf Basis der multinomial-

logistischen Regression vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für alle Ausprägungen des Wahlverhaltens (bis auf die AfD-Wahl)⁷ dargestellt.

Abbildung 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten des Wahlverhaltens in der Bundestagswahl 2021 unter 2017er AfD-Wählern



Anmerkungen: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten mit 90%-Konfidenzintervallen auf Basis einer multinomial-logistischen Regression zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021, mit den gleichen unabhängigen Variablen wie Modell 1 in Tabelle 2. Individuen sind sozialstrukturell und nach dem offiziellen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 gewichtet. Farben für die Parteien wie in Abbildung 2. Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für die Wahl der AfD sind nahezu identisch zu Abbildung 4 links und hier nicht dargestellt. N=732.

Besonders spiegelbildlich zur AfD verhalten sich die Wahlwahrscheinlichkeiten für die Union und die SPD, die nahezu identisch verlaufen. Bei einer stark ablehnenden Haltung zu den COVID-19-Maßnahmen liegt die Wahrscheinlichkeit einer Wahl von Union und SPD jeweils unter 5%, bei einer stark zustimmenden Haltung steigt die Wahrscheinlichkeit auf über 20% an. Es sind also besonders die Parteien, die vor der Bundestagswahl 2021 gemeinsam in einer Großen Koalition

⁷ Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die AfD-Wahl aus der multinomial-logistischen Regression sind nahezu identisch zum linken Teil von Abbildung 4 (auf Basis der binär-logistischen Regression).

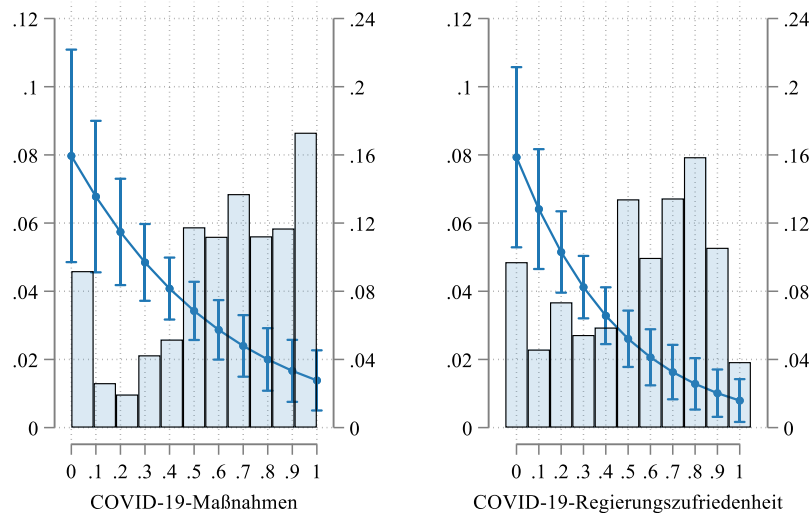
auf Bundesebene regiert haben, die die Schutzmaßnahmen befürwortende frühere AfD-Wähler anziehen konnten.

Wie bereits in Abbildung 1 ersichtlich kann auch die FDP in nennenswertem Umfang frühere AfD-Wähler gewinnen; dies scheint jedoch weniger in einem (linearen) Zusammenhang mit der Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen zu stehen.⁸ Es gibt ferner keine Hinweise darauf, dass frühere AfD-Wähler, die die Schutzmaßnahmen befürworten, daraus möglicherweise entstehende kognitive Dissonanzen zugunsten der Nichtwahl auflösen. Eher sinkt die Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung mit der Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen. Die Wahl von „die Basis“ ist die einzige Ausprägung der abhängigen Variable, für die sich ein gegenläufiges Muster zeigt: Die „Querdenker-Partei“ kann in nennenswertem Umfang (5%) 2017er AfD-Wähler mit maximal ablehnenden Haltungen zu den COVID-19-Maßnahmen für sich gewinnen. Dieser Befund ist insofern aufschlussreich, als er die strategische Situation der AfD beleuchtet: Die Partei hatte zwar offenbar aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zu den COVID-19-Maßnahmen Verluste an etablierte Parteien hinzunehmen, hätte aber womöglich bei einer weniger ablehnenden Haltung zusätzliche Verluste unter besonders strikten Gegnern der Maßnahmen an „die Basis“ verzeichnet.

In welchem Umfang konnte die AfD 2021, H2 gemäß, neue Wähler mit ablehnenden Haltungen zu den COVID-19-Maßnahmen hinzugewinnen? Dies soll in einem letzten Schritt überprüft werden, in dem nunmehr die Personengruppe betrachtet wird, die 2017 *nicht* die AfD gewählt hat. Dafür wurden die gleichen Modellspezifikationen der binär-logistischen Regressionen zur Wahl der AfD wie in Tabelle 2 geschätzt. In der Ergebnisinterpretation konzentriere ich mich auf die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Werte der Einstellung zu den COVID-19-Maßnahmen, die in Abbildung 6 dargestellt sind.

⁸ Für die FDP deutet sich in einem alternativen Modell mit zusätzlichem quadriertem Term für die COVID-19-Einstellung ein umgedreht U-förmiger-Zusammenhang an. Die Wahrscheinlichkeit der FDP-Wahl ist dort mit 12% bei einer mittigen Position am höchsten und fällt in Richtung beider Enden ab, etwas stärker in Richtung des ablehnenden Pols (bis 5% bzw. bis 8%). Demnach konnte die FDP vor allem frühere AfD-Wähler mit moderaten bzw. gemischten Haltungen zu den COVID-19-Maßnahmen für sich gewinnen. Dies deckt sich mit der Positionierung der FDP zwischen der AfD und den anderen Parteien (s. Abbildung 1). Jedoch erhöht sich in diesem Modell auch die Unsicherheit der Schätzung. Zumal die Ergebnisse für alle anderen Ausprägungen des Wahlverhaltens ähnlich ausfallen, wurde daher das einfache lineare Modell für Abbildung 5 herangezogen.

Abbildung 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl in der Bundestagswahl 2021 unter Individuen, die 2017 nicht die AfD gewählt haben



Anmerkungen: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der AfD-Wahl mit 95%-Konfidenzintervallen auf Basis binär-logistischer Regressionsmodelle (y-Achse links), mit Histogrammen zur prozentualen Verteilung der Einstellungen unter 2017er AfD-Wählern (y-Achse rechts). Die Modellspezifikationen entsprechend den Modellen 1 und 2 für 2017er AfD-Wähler in Tabelle 2. Individuen sind sozialstrukturell und nach dem offiziellen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 gewichtet. N=4656.

Zunächst zeigt sich an den hinterlegten Histogrammen, dass die Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen unter Individuen (im Sample), die 2017 nicht die AfD gewählt haben (Mittelwert: 0.62; Standardabweichung: 0.27), im Mittel deutlich höher ausfällt als unter 2017er AfD-Wählern (Mittelwert: 0.46;

Standardabweichung: 0.35).⁹ Jedoch gibt es auch unter den 2017-nicht-AfD-Wählern eine relevante Gruppe an Personen, die die Maßnahmen stark ablehnt. Aus dieser Gruppe konnte die AfD einige neue Wähler rekrutieren: So liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahl bei einer maximal ablehnenden Haltung bei 8%. Bei einer maximal zustimmenden Haltung sinkt die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit auf nur noch 1.4%. Sehr ähnliche Befunde ergeben sich für die Performanz-bezogene Messung über die Zufriedenheit mit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

5. Fazit

Dieser Beitrag hat gezeigt, dass sich die COVID-19-Pandemie über sachfragenorientiertes Wahlverhalten erheblich auf Wählerwanderungen weg von der AfD und hin zur AfD im Vergleich der Bundestagswahlen 2017 und 2021 ausgewirkt hat. Den (gewichteten) Daten des GLES-Panels zufolge hat nur etwas mehr als die Hälfte der AfD-Wähler von der Bundestagswahl 2017 bei der Bundestagswahl 2021 erneut für die Partei gestimmt. Diese Abwanderung kann zu einem großen Teil mit Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen erklärt werden. Bemerkenswert ist, dass die AfD mit fast einem Drittel ihrer Wähler von 2017 auch erheblich an die etablierten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP verloren hat. Insbesondere die Abwanderung zu Union und SPD steht dabei in einem deutlichen Zusammenhang mit Einstellungen zur COVID-19-Pandemie. So beträgt die aufsummierte Wahrscheinlichkeit, dass frühere AfD-Wähler mit maximaler Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen 2021 für eine dieser beiden Parteien stimmen, ca. 44%.

Spiegelbildlich zu ihren Verlusten früherer Wähler konnte die AfD neue Wähler hinzugewinnen, die die COVID-19-Maßnahmen ablehnten. So waren den

⁹ Dieser Unterschied bleibt auch in einer multivariaten OLS-Regression mit der Einstellung zu den COVID-19-Maßnahmen als abhängige Variable und den gleichen unabhängigen Variablen wie in den Regressionen zum Wahlverhalten sowie einer Dummy-Variable für die AfD-Wahl bei der Bundestagswahl 2017 erhalten. Demnach geht die AfD-Wahl bei der Bundestagswahl 2017, unter gleichen Ausprägungen der Kontrollvariablen, mit einer um 0.08 Skalenpunkte geringeren Zustimmung zu den COVID-19-Maßnahmen einher. Dies deutet daraufhin, dass frühere AfD-Wähler von der Position der Partei beeinflusst worden sind – im Sinne eines „party cueing“ (s. o.). Gleichzeitig ist dieser Effekt nicht außerordentlich groß, beispielsweise zeigt sich ein größerer Unterschied zwischen den Über-60-Jährigen und den Unter-30-Jährigen, wonach die Jüngeren die Maßnahmen um 0.15 Skalenpunkte kritischer sehen. Dieses deutliche Altersgefälle zeigt sich auch – bzw. sogar verstärkt – innerhalb der 2017er AfD-Wählerschaft (0.25). Demzufolge determiniert das „party cueing“ die Einstellung bei Weitem nicht vollständig, sodass auch innerhalb des früheren AfD-Elektorats Unterschiede bestehen (s. o.), die sich etwa aus unterschiedlichen Gesundheitsrisiken für Individuen speisen können.

(gewichteten) Daten des GLES-Panels zufolge immerhin 42% der AfD Wähler aus 2021 Personen, die 2017 noch nicht die AfD gewählt hatten. Für die Anziehung neuer Wähler scheint ebenso das COVID-19-Issue entscheidend: So ist die AfD-Wahlwahrscheinlichkeit mit etwa 1% bei maximaler Zustimmung zu den Maßnahmen fast vernachlässigbar, bei maximaler Ablehnung der Maßnahmen mit 8% aber durchaus bedeutsam.

Die Befunde dieser Studie gehen mit einigen wichtigen Implikationen einher. Zunächst zeigen Sie, dass sich – obwohl der Netto-Stimmverlust moderat erscheinen mag – die COVID-19-Pandemie erheblich auf die AfD-Wählerschaft ausgewirkt hat. Dies ist auch deshalb bedeutsam, weil es zeigt, dass die 2017er AfD-Wählerschaft zu einem großen Anteil aus Personen bestand, die von anderen Parteien rückerobert werden konnten. Demnach handelte es sich zumindest zu einem erheblichen Anteil nicht um „anti-establishment voter“, sondern um „frustrated issue voter“ (Chou et al. 2021). Jedoch ist einschränkend zu erwähnen, dass sich dieser Befund der Issue-bedingten Abwanderung von der AfD in der außergewöhnlichen Pandemie-Situation zeigt und dass dennoch etwas mehr als die Hälfte ihrer 2017er Wähler der AfD treu blieben – unter letzteren mögen viele festgefahrene „anti-establishment voter“ sein.

Auch unterscheidet sich die 2021er AfD-Wählerschaft von ihrer Wählerschaft im Jahr 2017, sodass eine Übertragbarkeit dieser Schlussfolgerungen auf die Zukunft nicht unbedingt gegeben ist. Vergleicht man etwa das Vertrauen in den Bundestag unter 2017er und 2021er AfD-Wählern in der jeweiligen Nachwahl-Welle des GLES-Panels zeigt sich eine deutliche Zunahme derjenigen, die dem Bundestag „überhaupt“ oder „eher“ nicht vertrauen (von 59% auf 68%), während dieser Anteil unter den jeweiligen Nicht-AfD-Wählern konstant geblieben ist (24% vs. 24%). Es scheint, dass auch der COVID-19-bedingte Wandel der AfD-Wählerschaft zu dieser weiteren Institutionen-Entfremdung des AfD-Elektorats beigetragen hat.¹⁰

Gleichzeitig weist diese Studie auch Limitationen auf. Zwar ermöglicht das GLES-Panel eine belastbare Auskunft über die Wählerwanderung zwischen den beiden Bundestagswahlen und lässt es zu für alternative Erklärungen der Abwanderung von der AfD zu kontrollieren. Kausale Schlussfolgerungen sind insofern sehr viel besser möglich als in Querschnittsuntersuchungen. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass die Einstellungen zu den COVID-19-Maßnahmen – selbst in einem Design, dass nur frühere AfD-Wähler berücksichtigt – z. T. auch von einer schleichenden Entfremdung von der AfD beeinflusst wurde, die durch andere Prozesse in Gang gesetzt worden sein könnte. Jedoch spricht auch die zeitliche Entwicklung der Wahlabsichten früherer AfD-Wähler für einen genuinen Effekt der COVID-19-Pandemie.

¹⁰ Dies liegt an drei verschiedenen Entwicklungen. Erstens hatten die von der AfD 2021 abgewanderten AfD-Wähler schon nach der Bundestagswahl 2017 (Welle 8, September/Oktober 2017) ein weniger niedriges Vertrauen in den Bundestag als die bei der AfD im Jahr 2021 verbleibenden Wähler (s. hierzu auch der Effekt von Vertrauen in Tabelle 2). Zweitens ist das Vertrauen bei den im Jahr 2021 verbleibenden AfD-Wählern zwischen 2017 auf 2021 noch etwas weiter abgesunken. Drittens ist das Vertrauen bei den 2021er AfD-Neuwählern erheblich abgesunken.

Es bleibt abzuwarten – und wissenschaftlich zu beobachten, wie sich das AfD-Elektorat angesichts der Ablösung von COVID-19 als besonders salientem Issue und dem Aufkommen neuer Streitfragen etwa im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Energie- und Lebenshaltungskrise in Zukunft entwickeln wird.

Literatur

- Arzheimer, Kai, und Carl C. Berning. 2019. How the Alternative for Germany (AfD) and Their Voters Veered to the Radical Right, 2013–2017. *Electoral Studies* 60: 102040.
- Bayerlein, Michael, und Gyöző Gyöngyösi. 2020. The Impact of COVID-19 on Populism: Will It Be Weakened? *Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 26: 90-96.
- Bayerlein, Michael, und Anne Metten. 2022. The Impact of COVID-19 on the Support for the German AfD: Jumping the Populist Ship or Staying the Course? *Politische Vierteljahresschrift*. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00398-3>.
- Bieber, Ina, Sigrid Roßteutscher, und Philipp Scherer. 2018. Die Metamorphosen der AfD-Wählerschaft: Von einer euroskeptischen Protestpartei zu einer (r)echten Alternative? *Politische Vierteljahresschrift* 59 (3): 433-461.
- Bol, Damien, Marco Giani, André Blais, und Peter J. Loewen. 2021. The Effect of Covid-19 Lockdowns on Political Support: Some Good News for Democracy? *European Journal of Political Research* 60 (2): 497-505.
- Bullock, John G. 2020. Party Cues. In: *Oxford Handbook of Electoral Persuasion*, hrsg. Elizabeth Suhay, Bernard Grofman, und Alexander H. Trechsel, S. 129-150. New York: Oxford University Press.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren Miller, und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Chou, Winston, Rafaela Dancygier, Naoki Egami, und Amaney A. Jamal. 2021. Competing for Loyalists? How Party Positioning Affects Populist Radical Right Voting. *Comparative Political Studies* 54 (12): 2226-2260.
- Dassonneville, Ruth, und Marc Hooghe. 2017. The Noise of the Vote Recall Question: The Validity of the Vote Recall Question in Panel Studies in Belgium, Germany, and the Netherlands. *International Journal of Public Opinion Research* 29 (2): 316-338.
- De Vries, Catherine E., Bert N. Bakker, Sara B. Hobolt, und Kevin Arceneaux. 2021. Crisis Signaling: How Italy's Coronavirus Lockdown Affected Incumbent Support in Other European Countries. *Political Science Research and Methods* 9 (3): 451-467.
- Dietz, Melanie, Sigrid Roßteutscher, Philip Scherer, und Lars-Christopher Stövsand. 2021. Rally Effect in the Covid-19 Pandemic: The Role of Affectedness, Fear, and Partisanship. *German Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2016707>.
- GLES. 2021. GLES Panel 2016-2021, Wellen 1-15. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6838 Datenfile Version 5.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13783>.
- GLES. 2022a. GLES Panel 2021, Welle 16. GESIS, Köln. ZA7722 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13857>.
- GLES. 2022b. GLES Panel 2021, Welle 17. GESIS, Köln. ZA7723 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13935>.

- GLES. 2022c. GLES Panel 2021, Welle 18. GESIS, Köln. ZA7724 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13936>.
- GLES. 2022d. GLES Panel 2021, Welle 19. GESIS, Köln. ZA7725 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13920>.
- GLES. 2022e. GLES Panel 2021, Welle 20. GESIS, Köln. ZA7726 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13940>.
- GLES. 2022f. GLES Panel 2021, Welle 21. GESIS, Köln. ZA7727 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13939>.
- Jankowski, Michael, Anna-Sophie Kurella, Christian Stecker, Andreas Blätte, Thomas Bräuninger, Marc Debus, Jochen Müller, und Susanne Pickel. 2022. Die Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2021: Ergebnisse des Open Expert Surveys, *Politische Vierteljahresschrift*. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00378-7>.
- Johansson, Bengt, David Nicolas Hopmann, und Adam Shehata. 2021. When the Rally-Around-the-Flag Effect Disappears, Or: When the COVID-19 Pandemic Becomes “Normalized”. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31 (sup1): 321-334.
- Lehmann, Pola, und Lisa Zehnter. 2022. The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic. *Government and Opposition*. <https://doi.org/10.1017/gov.2022.5>.
- Leininger, Arndt, und Max Schaub. 2020. Voting at the Dawn of a Global Pandemic. SocArXiv Working Paper, <https://doi.org/10.31235/osf.io/a32r7>.
- Lewandowsky, Marcel, und Aiko Wagner. 2022. Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany. *Representation* <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2091012>.
- Mader, Matthias, und Harald Schoen. 2019. The European Refugee Crisis, Party Competition, and Voters' Responses in Germany. *West European Politics* 42 1: 67-90.
- Mazza, Jacoppo, und Marco Scipioni. 2022. The Brief Rally Around the Flag Effect of COVID-19 in Europe. Publications Office of the European Union, Luxembourg. <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC126494>.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2022. Politbarometer: Wichtige Probleme in Deutschland seit 01/2002. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/.
- Roller, Edeltraud. 1998. Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung. Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. In: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*, hrsg. Kaase, Max, und Hans-Dieter Klingemann, S. 173-219. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schraff, Dominik. 2021. Political Trust During the Covid-19 Pandemic: Rally Around the Flag or Lockdown Effects? *European Journal of Political Research* 60 (4): 1007-1017.
- Schoen, Harald, und Cornelia Weins. 2014. Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: *Handbuch Wahlforschung (2. Aufl.)*, hrsg. Jürgen W. Falter, und Harald Schoen, S. 241-329. Wiesbaden: Springer VS.
- Steiner, Nils D., und Sven Hillen. 2021. Vote Choices of Left-Authoritarians: Misperceived Congruence and Issue Salience. *Electoral Studies* 70: 102280.
- Steiner, Nils D., und Claudia Landwehr. 2018. Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. *Politische Vierteljahresschrift* 59 (3): 463-491.
- Stokes, Donald E. 1963: Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review* 57 (2): 368-377.
- Wondreys, Jakub, und Cas Mudde. 2022. Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19. *Nationalities Papers* 50 (1): 86-103.

Yam, Kai Chim, Joshua Conrad Jackson, Christopher M. Barnes, Jenson Lau, Xin Qin, and Hin Yeung Lee. 2020. The Rise of COVID-19 Cases Is Associated With Support for World Leaders. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 117 (41): 25429-25433.